



Presseschau vom 29.08.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Alexander Nepogodin: Die Saat der Spaltung: Wie der Donbass 2004 erstmals versuchte, unabhängig zu werden

Die Grundlagen für den derzeitigen Ukraine-Konflikt wurden vor fast zwei Jahrzehnten gelegt. Heute blickt die Ukraine auf eine Periode zurück, die im Jahr 2004 endete und als die letzte friedliche Ära in der modernen Geschichte der Ukraine gilt. ...

<https://kurz.rt.com/32ve> bzw. [hier](#)

Anton Friesen: Auf dem Weg in die multipolare Weltordnung

Die multipolare Weltordnung wird zunehmend zur gelebten Realität. Geopolitisch und geökonomisch existieren mehrere Machtzentren, es bildet sich ein neues Gleichgewicht der Mächte heraus, was mit entsprechenden militärischen und ökonomischen Konflikten verbunden ist – siehe Ukraine-Krieg. ...

Teil 1: <https://kurz.rt.com/34z3> bzw. [hier](#)

Teil 2: <https://kurz.rt.com/35au> bzw. [hier](#)

Teil 3: <https://kurz.rt.com/35b2> bzw. [hier](#)

Tom J. Wellbrock: Winnetous zweiter Tod

Die Aufregung um Winnetou ist mehr als eine lächerliche Posse. Es handelt sich um einen wiederholten Versuch, die Geschichte neu zu schreiben. ...

<https://kurz.rt.com/35lf> bzw. [hier](#)

Timofei Bordatschow: Bedrohung durch Artikel 5 der NATO – wie damit umgehen?

Unter einigen europäischen NATO-Vasallen der USA ist es zur Mode geworden, Russland auf immer üblere Weise zu provozieren: Jüngst etwa mit dem impliziten Vorschlag, von der Regierungslinie abweichende Russen zu internieren. Was, wenn Russlands Reaktion den Bündnisfall auslöst? ...

<https://kurz.rt.com/35he> bzw. [hier](#)

Thomas Röper: Die Medien und ihre Suche nach den Schuldigen für die Gaskrise

Die Medien suchen Schuldige für die aktuelle Gas- und Energiekrise. Dabei sollen die aktuellen Regierungen aus der Schusslinie genommen werden. Besonders interessant ist ein noch geheimes Filmprojekt. ...

<https://kurz.rt.com/35qc> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Wowks Komplize identifiziert – FSB veröffentlicht weitere Beweisvideos im Mordfall Dugina

Der FSB gab den Namen des Komplizen der mutmaßlichen Täterin im Mordfall der russischen Journalistin Darja Dugina bekannt. Er habe ihr falsche Kennzeichen beschafft und beim Bau des Sprengsatzes geholfen. Als Beweis wurden mehrere Überwachungsvideos veröffentlicht. ...

<https://kurz.rt.com/35pq> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

18:03 de.rt.com: China warnt USA vor möglicher Provokation in Taiwanstraße – Streitkräfte in voller Alarmbereitschaft

Zwei US-Kreuzer sind in die Straße von Taiwan eingelaufen. Die US-Marine bezeichnet die Fahrt als Routine. Peking wiederum erinnert daran, dass seine Streitkräfte in voller Alarmbereitschaft seien. Die Volksbefreiungsarmee werde die Kreuzer aufmerksam verfolgen. Zwei US-Kriegsschiffe "Antietam" und "Chancellorsville" durchqueren aktuell die Taiwanstraße. Nach Angaben der USA sei das nur eine gewöhnliche Durchfahrt durch die Meerenge. Das chinesische Militär betonte seinerseits, dass es die Fahrt der Schiffe der US-Marine genau beobachte und sich in höchster Alarmbereitschaft halte. China sei bereit, jede Provokation abzuwehren. Dieser Vorfall ereignet sich inmitten der anhaltenden Spannungen um Taiwan.

Zuvor hatte [Reuters](#) unter Berufung auf drei US-Beamte berichtet, dass zwei Schiffe der US-Marine, die Kreuzer "Antietam" und "Chancellorsville", in die Taiwanstraße eingelaufen seien.

Die US-Marine bestätigte gegenüber der Nachrichtenagentur später, dass die Schiffe eine "routinemäßige Durchquerung der Taiwanstraße" vornähmen, ohne dabei gegen internationales Recht zu verstoßen. Dies sei auch ein Zeichen des Bekenntnisses des Landes für einen freien und offenen Indopazifik. Solche Fahrten dauern in der Regel acht bis 12 Stunden.

Reuters schreibt, dass die Schiffe die Meerenge erstmals seit dem Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, in Taiwan Anfang August passieren. Pelosis Reise hatte jüngst zu einer Zuspitzung der Beziehungen zwischen Washington und Peking geführt. Die chinesische Regierung bezeichnete das Vorgehen der Vereinigten Staaten als Versuch, sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen, und erklärte, Pelosis Besuch widerspreche der Ein-China-Politik, an der auch die USA offiziell festhalten.

Vor diesem Hintergrund versetzte China seine Armee in höchste Alarmbereitschaft. Peking gab zudem bekannt, dass es mit Militärmanövern in den Gewässern um Taiwan und in der Luft beginnen werde. Anschließend kündigte auch Taipeh Militärübungen an und präsentierte dabei seine modernsten Kampfflugzeuge. Die Maschinen vom Typ F-16V sind erst seit einigen Monaten auf der Insel im Dienst. Drei weitere US-Delegationen besuchten Taiwan nach Pelosi. Die chinesischen Behörden verurteilten ihre Ankunft und warnten die Demokratische Fortschrittspartei Taiwans vor "Versuchen, externe antichinesische Kräfte zu Provokationen zu verleiten."

Taiwan hatte 1949 seine Abspaltung von China ausgerufen. Die chinesischen Behörden betrachten die Insel hingegen weiterhin als "untrennbaren Bestandteil des chinesischen Territoriums". Auch die USA erkennen die Unabhängigkeit der Insel offiziell nicht an.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630b418148fbef5fc80c99c2.jpg>

18:49 de.rt.com: **Lettisches Wirtschaftsministerium verzichtet ab 1. September auf russische Sprache**

Das lettische Wirtschaftsministerium und die ihm unterstellten Institutionen sollen ab dem 1. September in der Kommunikation mit Kunden und der Presse nur noch die lettische Sprache verwenden. Dies berichtet das Nachrichtenportal Delfi unter Berufung auf das Ministerium. In der Meldung heißt es:

"Ab dem 1. September dieses Jahres werden das Wirtschaftsministerium und die ihm unterstellten Institutionen Informationen nur noch in der Landessprache verbreiten und mit Kunden nur die Landessprache sprechen."

20:10 de.rt.com: **Baerbock: Müssen mit "Selbstbetrug" aufhören, "wir hätten jemals billiges Gas aus Russland erhalten"**

Annalena Baerbock betont in einem Interview, wie wichtig die deutschen Waffenlieferungen in die Ukraine sind und geht davon aus, dass dies auch noch nächstes Jahr der Fall sein wird. Eine eventuelle "Kriegsmüdigkeit" oder die Gefahr größerer sozialer Proteste in Deutschland aufgrund der hohen Energiekosten sieht sie dagegen kaum.

Im Interview mit der [Bild](#) äußert sich Außenministerin Annalena Baerbock enthusiastisch zu den aktuellen deutschen Waffenlieferungen, sie meint:

"Wir liefern schwere Waffen. Und ich verstehe, dass sich die Ukrainer mehr und schnellere Lieferungen wünschen. Aber funktionierende, hochmoderne Systeme, die gerade vor allem gebraucht werden, stehen nicht massenhaft transportfähig in unseren Beständen. Und zugleich haben wir unseren Bündnispartnern, zum Beispiel im Baltikum, versprochen, dass wir jeden Zipfel des NATO-Gebiets mitverteidigen würden. Für diesen Fall muss die Bundeswehr handlungsfähig sein. Daher liefern wir mit anderen zusammen, was gerade geht, und haben vor allem zusätzliche Rüstungsproduktion in Auftrag gegeben."

Dabei spielen deutsche Waffenhersteller eine entscheidende Rolle, um die "westlichen Werte" zu verteidigen:

"(...) Darum produziert ja jetzt die Rüstungsindustrie direkt für die Ukraine. Natürlich würde ich mir wünschen, dass der Krieg schnellstmöglich vorbei ist, aber wir müssen leider davon ausgehen, dass die Ukraine auch im nächsten Sommer noch neue schwere Waffen von ihren Freunden braucht. Für mich ist klar: Die Ukraine verteidigt auch unsere Freiheit, unsere Friedensordnung und wir unterstützen sie finanziell und militärisch – und zwar solange es nötig ist. Punkt."

Eine mögliche "Kriegsmüdigkeit" der Deutschen sieht Baerbock nicht, sie vernimmt "weiterhin unglaublich viel Unterstützung für die Ukraine". Gleichzeitig meint sie, dass die "soziale Spaltung Europas" zur "Kriegsführung" des russischen Präsidenten Wladimir Putin gehöre – die hohen Energiepreise würden dazu beitragen. Mit Blick auf die jahrzehntelangen Energielieferungen aus Russland fordert sie jedoch ein striktes Umdenken und betont:

"Als Erstes müssen wir mit dem Selbstbetrug aufräumen, wir hätten jemals billiges Gas aus Russland erhalten. Wir haben vielleicht nicht mit viel Geld bezahlt, aber mit unserer Sicherheit und Unabhängigkeit. Und die Ukrainer haben das tausendfach mit ihrem Leben bezahlt. Die Rechnung kam spät, aber umso dramatischer."

Auf die Frage: "Wenn Putin Nord Stream 1 ganz dichtmachen würde, sollten wir dann Nord Stream 2 öffnen – so wie es Bundestagsvizepräsident Kubicki fordert?", erwidert die 41-Jährige:

"Ich frage mich manchmal, ob einige nicht verstanden haben, dass das kein Spiel mit Regeln ist und kein plötzlicher Lieferengpass. Die Gaspipelines aus Russland sind schon lange keine normalen Leitungen mehr, sondern Waffen in einem hybriden Krieg. Wenn Putin nicht durch Nord Stream 1 liefert, warum sollte er durch Nord Stream 2 liefern? Durch Nord Stream 1 fließt doch nicht zu wenig Gas, weil die Leitung kaputt wäre, sondern weil Putin es nicht will."

Mit Blick auf die Abschaltung der letzten drei deutschen Atomkraftwerke Ende des Jahres ist Baerbock "nicht überzeugt, dass Atomkraftwerke unser Gasproblem lösen werden". Dass die hohen Energiekosten zu sozialen Protesten führen können, sieht Baerbock zwar auch, doch bringt sie deren Initiatoren – linke und rechte Parteien – in die Nähe zu Moskau, und das sollten die Menschen auch erkennen. Sie resümiert:

"Ich glaube, dass die Menschen in unserem Land sehr genau durchschauen, wer da versucht, politisches Kapital aus dem Krieg und den hohen Energiepreisen zu schlagen. Politiker und Parteien, die sich so für Putins Spiel einspannen lassen, sollten sich erinnern, was für ein Glück es ist, dass wir in einem demokratischen Land leben, in dem freie Meinungsäußerung und auch Proteste möglich sind."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630b892048fbef6acf3dc6e5.jpg>

vormittags:

6:30 de.rt.com: Medienberichte: EU will Visumabkommen mit Russland aussetzen

Die EU-Außenminister werden sich bei ihrem Treffen nächste Woche für eine Aussetzung des Visumabkommens mit Russland aussprechen. Wenn das Visaerleichterungsabkommen ausgesetzt wird, wird es für Russen schwieriger, länger und teurer ein Schengen-Visum zu erhalten.

Die EU-Außenminister werden die Idee unterstützen, das Abkommen über Visaerleichterungen mit Russland auszusetzen. Dies [berichtete](#) die Zeitung The Financial Times.

Drei EU-Beamte, die an den Verhandlungen zu diesem Thema beteiligt sind, sagten der Zeitung, dass die politische Unterstützung für eine solche Entscheidung während eines zweitägigen Treffens, das am Dienstag in Prag beginnt, zum Ausdruck gebracht werden soll. Wenn die Entscheidung, das derzeitige Abkommen auszusetzen, schließlich getroffen wird, müssen Russen, die ein Visum für einen EU-Mitgliedstaat beantragen, mehr Dokumente zusammenstellen, ihre Bearbeitung wird länger dauern und die Kosten für die Beantragung werden steigen. Einer der Gesprächspartner der Zeitung sagte:

"Es ist unangemessen, dass russische Touristen in unseren Städten und an unseren Küsten spazieren gehen."

Er betonte, dass sich die europäischen Länder "in einer außergewöhnlichen Situation" befänden, die "außergewöhnliche Maßnahmen" erfordere. Die Quelle fügte hinzu:

"Wir wollen über die Aussetzung der vereinfachten Visaregelung hinausgehen."

Der Gesprächspartner erklärte auch, dass bis Ende des Jahres ernsthaftere Schritte in diese Richtung unternommen werden könnten.

Bislang gibt es in der EU jedoch keinen Konsens darüber, welche zusätzlichen Maßnahmen Brüssel ergreifen könnte, die zu einer Reduzierung oder Aussetzung der Visumpflicht für russische Staatsbürger führen würden, und auch nicht darüber, was in Bezug auf Weißrussland

zu tun wäre, so The Financial Times.

Die Tschechische Republik hat eine vollständige Aussetzung der vereinfachten Visaregelung zwischen der EU und Russland vorgeschlagen. Das Land hielt es für notwendig, die Kurzzeitvisa für Russen abzuschaffen, schlug aber angesichts des Widerstands einiger EU-Mitgliedstaaten eine Alternative vor. Zu den Gegnern eines vollständigen Verbots gehörten Deutschland, Österreich und eine Reihe südeuropäischer Länder, schrieb Bloomberg. Brüssel wies seinerseits darauf hin, dass eine vollständige Abschaffung der Visumpflicht im Visakodex der Union nicht vorgesehen ist, da es immer Kategorien von Bürgern gibt, die ein Visum benötigen – zum Beispiel Journalisten oder Personen, die das Land aus Angst vor politischer Verfolgung verlassen.

Das Abkommen zwischen Russland und der Europäischen Gemeinschaft über die vereinfachte Visaerteilung für Bürger der Russischen Föderation und der Europäischen Union wurde im März 2007 von Russland ratifiziert. Sie trat am 1. Juni desselben Jahres in Kraft. Visa für Aufenthalte von nicht mehr als 90 Tagen innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen sind abgedeckt. Das Dokument regelt nicht Fragen wie die Ablehnung eines Visums, die Anerkennung von Reisedokumenten, den Nachweis ausreichender Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhalts, die Verweigerung der Einreise oder die Ausweisung aus dem Land. Das Abkommen sieht auch eine Pauschalgebühr von 35 Euro für Visa vor. Dieser Betrag erhöht sich auf 70 Euro, wenn der Visumantrag weniger als drei Tage vor dem geplanten Abreisedatum eingereicht wird. Die Vertragsparteien verfügen über eine Frist von zehn Kalendertagen, um über ein Visum zu entscheiden. Sollte jedoch eine weitere Prüfung des Antrags erforderlich sein, kann die Frist auf 30 Arbeitstage verlängert werden. In dringenden Fällen kann die Bearbeitungszeit für das Visum auf drei Tage verkürzt werden.

Jede Partei kann das Abkommen "aus Gründen des Schutzes der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung oder der öffentlichen Gesundheit" ganz oder teilweise aussetzen. Die andere Partei muss mindestens 48 Stunden im Voraus informiert werden. Die Vereinbarung erlischt 90 Tage nach Erhalt einer schriftlichen Mitteilung des Initiators der Aussetzung. Seit dem Beginn der speziellen Militäroperation in der Ukraine hat Russland zweimal – im April und im Mai – Teile des Abkommens als Reaktion auf "unfreundliche Handlungen" von EU-Ländern sowie von mehreren anderen Ländern wie Island und Liechtenstein ausgesetzt. Diese Klauseln betrafen die vereinfachte Einreise für Mitglieder offizieller Delegationen und Journalisten, Mehrfachvisa für Mitglieder von Regierungen und Parlamenten, Verfassungs- und Obersten Gerichten, Mitarbeiter diplomatischer Vertretungen und Konsulate, die Befreiung von Visumgebühren für Mitglieder offizieller Delegationen und so weiter.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630b9da748fbef5fc80c9a00.jpg>

7:01 de.rt.com: IAEA-Chef kündigt Entsendung einer Experten-Mission zum AKW Saporoschje diese Woche an

Experten der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) sollen in dieser Woche nach

Energodar reisen, um dort das Kernkraftwerk Saporoschje zu inspizieren. Behördenchef Rafael Grossi [veröffentlichte](#) am Montagmorgen auf Twitter ein Foto des 14-köpfigen Teams: "Der Tag ist gekommen, die Unterstützungs- und Hilfsmission der IAEA nach Saporoschje ist nun auf dem Weg. Wir müssen die Sicherheit der größten Nuklearanlage der Ukraine und Europas schützen. Ich bin stolz darauf, diese Mission zu leiten, die im Laufe dieser Woche im Kernkraftwerk sein wird."

Wegen andauernden Beschusses des Kraftwerksgeländes durch die ukrainische Armee befürchtet die internationale Gemeinschaft einen möglichen nuklearen Unfall. Vergangene Woche hatten sich zwei Reaktoren der Anlage notabgeschaltet, weil die Stromversorgung zeitweise ausfiel.

Zuvor hatte der Leiter der Regionalverwaltung des Gebiets Saporoschje Jewgeni Balizki berichtet, dass die Zahl der Verletzten beim Beschuss der Stadt Energodar durch ukrainische Streitkräfte am Sonntagabend auf neun gestiegen ist. Nach Angaben der Behörden der Stadt wurde eine ukrainische Kamikaze-Drohne über dem Gebiet des AKW Saporoschje abgeschossen, während die ukrainischen Streitkräfte später Wohngebiete in Energodar mit US-Haubitzen vom Typ M777 beschossen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/630c517048fbef654374beb0.jpg>

AKW Saporoschje in Energodar

7:03 de.rt.com: **Borrell warnt vor schwerwiegenden Folgen der Sanktionen gegen Russland für Europa**

Der Chef der EU-Diplomatie, Josep Borrell, hat vor den schwerwiegenden Folgen der antirussischen Sanktionen für die EU gewarnt. Er räumte ein, dass die Gaspreise steigen, bezeichnete dies jedoch als "Preis für die Freiheit", den die europäischen Bürger zahlen müssten.

Borrell warnt vor schwerwiegenden Folgen der Sanktionen gegen Russland für Europa Die EU wird in naher Zukunft wegen der Sanktionen gegen Russland vor ernsthaften Schwierigkeiten stehen. Das sagte der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, in einem Interview mit der Kronen Zeitung.

Der Anstieg der Gaspreise sei nicht zu leugnen, aber der Westen müsse bereit sein, "einen Preis für die Freiheit zu bezahlen". Borrell sagte auch, dass Russland vor dem Hintergrund der Sonderoperation in der Ukraine den Handel als Waffe einsetze. Er erklärte:

"Der Krieg in der Ukraine ist nicht nur ein Krieg der Ukrainer, sondern ein Krieg für unsere Freiheit."

Die Energiekosten in Europa sind gestiegen, da Russlands Militäroperation in der Ukraine und die daraufhin verhängten Sanktionen die Lieferketten unterbrochen haben. Infolgedessen

sahen sich die EU-Länder mit der höchsten Inflationsrate seit Jahrzehnten konfrontiert, was vor allem die Preise für Versorgungsleistungen und Lebensmittel betraf. Die jährliche Inflationsrate in der Eurozone erreichte im Juli inmitten der Beschränkungen einen Rekordwert von 8,9 Prozent.

Die russischen Behörden haben wiederholt betont, dass die Restriktionen der westlichen Länder keinen Einfluss auf die Entscheidung des Landes haben, die militärische Sonderoperation in der Ukraine durchzuführen, sondern den Einwohnern der europäischen Staaten und der Weltwirtschaft schaden werden.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs räumten ein, dass die Sanktionen auch ihre eigenen Volkswirtschaften getroffen haben, beharrten aber dennoch auf der Notwendigkeit restriktiver Maßnahmen gegen Russland. Im Juli erklärte Borrell, der rasche Abzug der russischen Energielieferungen bringe viele EU-Länder in Bedrängnis, sei aber der Preis, den Europa zum Schutz der Demokratie und des Völkerrechts zahlen müsse. Er versicherte: "Wir unternehmen die notwendigen Schritte, um diese Probleme solidarisch anzugehen." Der Chef der EU-Diplomatie forderte Europa zur Geduld auf. Er sagte, die volle Wirksamkeit der Sanktionen werde sich erst langfristig zeigen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630b71ce48fbef6518468193.jpg>

7:38 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte feuern elf Granaten im NATO-Kaliber auf Donezk ab**

Am Montagmorgen haben ukrainische Streitkräfte innerhalb von 20 Minuten elf Granaten im NATO-Kaliber 155 Millimeter und sechs Granaten im Kaliber 152 Millimeter auf mehrere Stadtbezirke von Donezk abgefeuert. Dies teilt die Vertretung der Volksrepublik Donezk beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung der Angelegenheiten im Zusammenhang mit ukrainischen Kriegsverbrechen mit.

Nach Angaben des DVR-Stabs für territoriale Verteidigung wurden innerhalb der vergangenen 24 Stunden zwei Zivilisten auf dem Gebiet der DVR beim Beschuss durch ukrainische Streitkräfte getötet und sechs weitere verletzt.

7:47 de.rt.com: **Friedenspolitik und keine Waffenlieferungen – Handwerker protestieren in Dessau gegen den Krieg**

Die Kreishandwerkerschaft Anhalt Dessau-Roßlau hielt am Sonntag eine Kundgebung auf dem Marktplatz in Dessau unter dem Motto "Keine Waffenlieferungen in die Ukraine! Friedenspolitik statt Krieg!" Die Teilnehmer wollten damit ein Zeichen gegen Krieg und Sanktionen und für Friedenspolitik setzen.

Die Kreishandwerkerschaft Dessau-Roßlau mobilisierte am 28. August zu einer Kundgebung auf dem Marktplatz in Dessau. Das Motto der Veranstaltung lautete: "Keine Waffenlieferungen in die Ukraine! Friedenspolitik statt Krieg!" Thematisiert wurden vor allem die Sanktionspakete, welche die EU seit Februar 2022 gegen Russland verhängt hat. Die Veranstalter der Kundgebung wiesen jedoch darauf hin, dass die Strafmaßnahmen konfliktverschärfend wirken, was vonseiten der Politik völlig vernachlässigt werde. Weiterhin

werde ignoriert, dass die Sanktionen den Bürgern in Deutschland mehr schaden als Russland. Zu Beginn der Veranstaltung sprach Karl Krökel, Kreishandwerksmeister aus Dessau-Rosßlau. Er sagte, dass Handwerker und Bürger Sorgen haben. Sorgen über eine massive Schädigung der deutschen Wirtschaft, die mit Massenarbeitslosigkeit einhergehe, und Sorgen, dass die Bürger ihre Gas- und Stromrechnungen und ihren Lebensunterhalt nicht mehr bezahlen können.

"Was wir erleben ist ein energiepolitisches Desaster! Und für dieses Desaster trägt allein die Regierung die Verantwortung!"

Krökel forderte daher, dass die Regierung vernünftige Verträge schließen müsse und keine Sanktionsspiralen in Gang setzen solle. Daher habe man sich in einem [Obermeisterbrief](#) an die Öffentlichkeit gewandt. In diesem kritisiert die Handwerkerschaft, dass der Ukraine-Konflikt nicht militärisch zu lösen sei. Trotz der Sanktionen profitiere Russland weiterhin vom Verkauf von Öl und Gas. So beliefern private Raffinerien in Indien, die billiges Öl aus Russland abnehmen, den Weltmarkt mit Öl, "während die PCK-Raffinerie in Schwedt vor dem Aus steht".

Die Regierung habe die Energieversorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft zerstört, so Krökel. Die Folgen der Sanktionen und des Ukraine-Krieges konfrontieren den Bürger mit einer immensen Inflation, erklärte Krökel:

"Mit voller Absicht wurden wir in eine Energienotlage gebracht. Es wurde keine Folgeabschätzung vorgenommen, welche Konsequenzen es hat, wenn man alle Energielieferungen aus Russland einseitig beendet."

Die Bundesregierung sei allerdings in keiner Weise dazu verpflichtet, Sanktionen durchzusetzen, die der eigenen Bevölkerung schaden. Damit werden jedoch die Interessen des Auslandes höher bewertet als die des eigenen Volkes.

"Wie kann zugelassen werden, dass ältere Bürger in Heimen oder zu Hause darauf vorbereitet werden, im kommenden Winter zu frieren?"

Wenn etwa Handwerker sich fragen, ob Waffenlieferungen an die Ukraine den Krieg nur verlängern, werde man als "Putin-Freund" diffamiert, der dem "russischen Narrativ" diene. Ein respektvoller Diskurs sei so nicht mehr möglich. Krökel wörtlich:

"Auch wenn du dann alle gegen dich hast, die Presse, die öffentliche Meinung, dann bist du ein Querdenker."

"Man muss dieser Bundesregierung in aller Härte vorwerfen, dass sie noch im März gesagt hat: 'Kein Problem, wir sind auf alles vorbereitet. Egal was Herr Putin versucht, die Versorgung ist gesichert.' Das ist erkennbar nicht der Fall. Die Menschen haben Angst in diesem Land und das kann doch nicht richtig sein."

Reiner Braun, Präsident des Internationalen Ständigen Friedensbüros, forderte Frieden für die Ukraine und Frieden weltweit. Wenn man sich für den Frieden engagiere, brauche man jedoch Courage, denn jeder, der sich für den Frieden einsetze, werde am Ende diffamiert.

"Was ist das für ein Irrsinn, in dem wir leben? Wir führen einen Wirtschaftskrieg gegen Russland, der uns mehr schadet als Russland."

Weiter erklärte Braun, dass man gegen jeden völkerrechtswidrigen Krieg sei – und somit auch gegen Kriege die der USA. Die Vereinigten Staaten seien jedoch nie sanktioniert worden. Braun erinnerte daran, dass sich die deutsche Außenpolitik einer gewissen Moral verpflichtet sehe:

"Moral mit den Schlächtern von Saudi-Arabien. Moral mit den Völkerrechtsbrüchen von Marokko. Moral mit den Ausbeutern und Unterdrückern von Katar. Was ist das für eine elende Doppelmoral, die unsere Regierung als Politik verkauft?"

Daher müsse man diesen Krieg beenden und zu Verhandlungen zurückkehren. Es sei zudem Wahnsinn, dass die Regierung die Bundeswehr für 100 Milliarden Euro aufrüste, während das Geld anderweitig dringender benötigt werde. Man müsse dringend zurückkehren zu einer Politik Willy Brandts, bei der Verhandlungen im Mittelpunkt stehen.

Michael Müller (SPD), ehemaliger Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Minister des Bundes von 1983 bis 2009 und Bundesvorsitzender der Naturfreunde Deutschlands, sagte in seiner Rede, der Krieg habe eine Vorgeschichte.

"Der Krieg ist vor allem auch das Ergebnis eines gebrochenen Versprechens."

Damit bezog sich Müller auf die Osterweiterung der NATO nach dem Zerfall der Sowjetunion.

"Die historischen Chancen wurden nicht genutzt, sondern es gab eine Siegermentalität. Eine Siegermentalität, die nicht auf gleicher Augenhöhe mit Russland verhandelt hat."

Zudem sei die Aufrüstung Deutschlands und des Westens eine Barbarei, die durch nichts zu rechtfertigen sei. Müller kritisierte zudem Robert Habeck, der nach seinen Entscheidungen immer wirken wolle, als ob es ihm leidtue, aber dann erkläre, es sei eben so.

"Nein, es ist so, weil er so handelt. Und das ist falsch!"

Auch Müller forderte eine Rückkehr zu einer Politik der Entspannung. Krieg dürfe es nicht geben, schon gar nicht heute, da auch immer die Gefahr eines Atomkrieges bestehe.

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-

134310637&id=456257043&hash=bbfca03bbd4713b1" width="640" height="360"

frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

https://vk.com/video-134310637_456257043

8:19 de.rt.com: **Borrell: Visumverbot für Russen wird in der EU keine allgemeine Unterstützung finden**

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hält ein vollständiges Einreiseverbot für Russen in die Europäische Union für "keinen guten Vorschlag". Im österreichischen Fernsehsender ORF warnte der Spanier am Sonntagabend davor, den Kontakt zur russischen Zivilbevölkerung zu kappen. Ein so umfassender Schritt hätte keine positiven Folgen. Borrell betonte:

"Ich bin jedenfalls nicht dafür, dass man überhaupt keine Visa mehr ausstellt."

Zudem glaube er nicht, dass es in dieser Frage in der EU die nötige Einstimmigkeit für einen Beschluss gebe.

Die Europäische Union bereitet nach einem Bericht der Financial Times wegen des Ukraine-Krieges die Einschränkung von Einreisemöglichkeiten für russische Staatsbürger vor. Der Londoner Zeitung zufolge geht es bei einem informellen Treffen der EU-Außenminister am Dienstag und Mittwoch in Prag um die Aussetzung einer Visa-Vereinbarung mit Russland aus dem Jahr 2007. Vor allem die baltischen Staaten und Polen drängen auf eine Einreisesperre. Deutschland und Österreich lehnen dies ab.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/630c5f4a48fbef5fc80c9a45.jpg>

8:43 de.rt.com: **Drei weitere ukrainische Raketenangriffe auf Wasserkraftwerk Kachowka in der Nacht zum Montag**

Ukrainische Streitkräfte haben in der Nacht zum Montag drei weitere Raketenangriffe auf das Wasserkraftwerk Kachowka im Gebiet Cherson ausgeführt. Hierüber [informierte](#) der Leiter der Militär- und Zivilverwaltung Wladimir Leontjew gegenüber der russischen Nachrichtenagentur TASS:

"Drei weitere Raketenangriffe. Das Wasserkraftwerk ist das Hauptziel."

Leontjew gab an, dass Informationen über etwaige Tote oder Verwundete infolge des Beschusses noch ausstünden.

Auch am Vortag griffen ukrainische Truppen das Kraftwerk dreimal mit Raketen an. Der Landkreis Kachowka ist die am häufigsten beschossene Gemeinde in der Region Cherson. Das ukrainische Militär greift dort regelmäßig die soziale Infrastruktur, Fabriken und Wohngebäude an.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 29.08.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 55 Mann;
- 4 Schützenpanzerwagen;
- 1 Panzer;
- 6 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner setzt den Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Swatowo unter Einsatz eines amerikanischen Mehrfachraketenwerfer M142 HIMARS beschossen und 6 Raketen abgefeuert.

Infolge des Beschusses wurden in dem landwirtschaftlichen Unternehmen „Schans“ ein Verwaltungsgebäude, 2 Lagergebäude, Hangars, 6 Stück Landwirtschaftstechnik und 9 leichte Fahrzeuge beschädigt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter:

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 28. August haben sie mehr als 6 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Gawrilowka und Nishnij Suchodol. zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Freiwillige der gesellschaftlichen Organisation „Zukunft Donbass“ haben gemeinsam mit dem Abgeordneten des Volkssowjets der LVR N. Sadirak mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR humanitäre Hilfe in die Mittelschule Nr. 2 und den Kindergarten „Delphin“ in Rubeshnoje gebracht.

Vertreter der Volksmiliz haben mit Unterstützung der Volksmiliz der DVR Lebensmittel für eine Sozialkantine in Rubeshnoje geliefert sowie Materialien für betroffene Einwohner der Stadt.

Außerdem hat der Freiwillige Anton Wolkow mit Unterstützung der Volksmiliz humanitäre Hilfe für bedürftige Einwohner von Sewerodonezk geliefert.

8:57 de.rt.com: **Medienbericht: Energieversorger formulierten Idee der "Gasumlage" mit und kassieren nun Milliarden**

Immer mehr Details über die "Entstehung" der bundesweit umstrittenen Gasumlage kommen zum Vorschein. So wurden schon während der Beratungen über diese Idee neben dem in Düsseldorf ansässigen Konzern Uniper auch andere Konzerne einbezogen – die nun auch etwas von der staatlich verordneten Umlage profitieren, den die Verbraucher finanzieren sollen.

Nach einem [Bericht](#) im [Business Insider](#) vom Sonntag entstand die Idee der umstrittenen "Gasumlage" auf Druck von Ratingagenturen, welche die Kreditwürdigkeit des Energieversorgers [Uniper](#) im Mehrheitsbesitz des finnischen Energiekonzerns Fortum herabstufen wollten, da sie einen Bankrott des in Deutschland wichtigen Energieversorgers befürchteten. Letztendlich formulierten dann auch noch andere durch die antirussischen Sanktionen und hohen Energiepreise betroffenen Konzerne die Verordnung mit und profitieren nun durch die selbst formulierten Vorschläge in Form von Subventionen der deutschen Steuerzahler.

Ende Juli gab Kanzler Olaf Scholz (SPD) ein 15 Milliarden Euro teures Rettungspaket in Auftrag, mit dem die Bundesregierung Uniper vor dem Untergang retten will. Der wichtigste Passus ist dabei die sogenannte Gasumlage, von Kritikern auch Habeck-Umlage genannt. 2,8 Cent – die an Uniper und Co. fließen sollen – werden Gaskunden ab dem 1. Oktober für jede Kilowattstunde mehr zahlen müssen. Laut dem Magazin stellt das eine Mehrbelastung für eine durchschnittliche Familie von etwa 500 Euro pro Jahr dar. Auch die Bundesregierung ging tatsächlich davon aus, dass die Düsseldorfer Versorgerfirma kurz vor der Pleite stehe und befürchtete analog zur Finanzkrise 2007/08 ein "Lehmann-Brothers-Szenario" – mit voraussichtlich fatalen Folgen für die gesamte deutsche Wirtschaft. Klar war von Anbeginn, dass die Endverbraucher an den Kosten für die Rettung "beteiligt" werden sollten.

Laut anderen Berichten in dem Wirtschaftsmagazin [kritisierten](#) daraufhin vor allem die Vorsitzenden anderer Energiekonzerne die drohende "Ungleichbehandlung", da sie dann keine staatlichen Finanzspritzen wie Uniper erhalten sollten. Daraufhin sollten auch die Endkunden der anderen Versorger ebenfalls durch die "Umlage" zu höheren Endkundenpreisen gezwungen werden, [denn](#): "Nur die Umlage würde sicherstellen, dass alle Gaskunden gleichermaßen einen Beitrag leisten."

So betonte Kerstin Andreae, die Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft:

"Die Gasumlage muss von allen Gas-Letztverbrauchern gleichmäßig und ohne Privilegierung bestimmter Kundengruppen getragen werden. Sowohl aus Gas produzierte Fernwärme als auch alle Gas-Festpreisverträge müssen in die Finanzierung einbezogen werden. Das ermöglicht eine faire Lastenverteilung."

Dass offenbar nicht einmal die Bundesregierung weiß, wer auf dem deutschen Gasmarkt auf welche Weise agiert, gab am Samstag der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck kleinlaut zu, als er [konstatierte](#):

"Weil wir aber nicht wussten, das muss man ehrlicherweise sagen – und niemand wusste das –, wie dieser Gasmarkt verflochten ist, wie er im Undurchsichtigen, welche Firmen irgendwelche Anteile an Töchtern und so weiter haben, ist durch diese im Prinzip richtige Entscheidung ein Problem entstanden, dass sich dann nämlich ein paar Unternehmen reingedrängt haben, die nun wirklich viel Geld verdienen und die Umlage der Bevölkerung nicht brauchen."

Ob das vorbereitete Gesetz daher nun doch noch einmal überarbeitet wird, bleibt vorerst unklar. Im *heute journal* des ZDF sicherte Habeck eine Überarbeitung zu. Mit der Änderung solle verhindert werden, dass Unternehmen profitieren, die dies nicht benötigen. Man müsse hart an dem Problem arbeiten und tue dies auch. "Wir werden dieses Problem lösen", so der frühere Kinderbuchautor weiter.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630bcb79b480cc770d241a8c.jpg>
Zentrale des mehrheitlich finnischen Energie-Großversorgers Uniper in Düsseldorf,
Deutschland

9:16 de.rt.com: **Wowks Komplize am Mord an Dugina identifiziert – am Tag vor Anschlag aus Russland ausgereist**

Der russische Föderale Sicherheitsdienst hat ein Mitglied einer ukrainischen Sabotage- und Terrorgruppe identifiziert, das zusammen mit Natalja Wowk den Mord an der Journalistin Darja Dugina vorbereitete. Allerdings hatte er die Russische Föderation bereits am Tag vor dem Verbrechen verlassen. Das Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit des FSB gab dies am Montag gegenüber TASS bekannt:

"Es wurde festgestellt, dass der Mord an Dugina zusammen mit Wowk in Moskau von einem anderen Mitglied einer ukrainischen Sabotage- und Terrorgruppe vorbereitet wurde – dem im Jahr 1978 geborenen ukrainischen Staatsbürger Bogdan Petrowitsch Zyganenko, der am 30. Juli 2022 über Estland nach Russland einreiste und russisches Territorium am Tag vor dem Bombenanschlag auf Dugina wieder verließ."

Nach Angaben des russischen Inlandsgeheimdienstes beschaffte Zyganenko für Wowk gefälschte Autokennzeichen sowie Dokumente auf den Namen einer anderen real existierenden Person, einer gewissen kasachischen Staatsbürgerin Namens Julia Saiko. Außerdem baute er zusammen mit Wowk in einer gemieteten Garage im Südwesten Moskaus den improvisierten Sprengsatz zusammen, mit dem Dugina ermordet wurde.

Die Überwachung Duginas durch Wowk sei bereits hinreichend belegt.

Nach Duginas Abfahrt vom Festival folgte Wowk ihr in ihrem Pkw und löste den improvisierten Sprengsatz mittels Fernzündung aus. Anschließend reiste sie nach Estland aus.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 29.08.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des Vertreters der DVR im GZKK 242 **Geschosse** mit Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 2 Zivilisten und 10 wurden verletzt**. 13 Wohnhäuser und 8 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche

Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Artilleriegeschütze, 2 Drohnen, 8 Stück Panzer- und Spezialtechnik und ein Feldartillerielager. Die Verluste unter dem Personal des Gegners betragen mehr als 40 Nationalisten.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

9:45 de.rt.com: **Estlands Außenminister: EU bereitet achtens Sanktionspaket gegen Russland vor**

Die Arbeit am achten Sanktionspaket gegen Russland ist bereits im Gange, deutete Estlands Außenminister Urmas Reinsalu im Interview mit der Welt an. Ihm zufolge wurden der EU-Kommission von den baltischen Staaten bereits konkrete Vorschläge hierfür unterbreitet. Auf eine Frage bezüglich der Frist, in der die neuen Strafmaßnahmen zu erwarten sind, antwortete Reinsalu:

"Wir zumindest wollen es so bald wie möglich."

In der neuen Sanktionsrunde soll es um "Energie, Handel und weitere Einschränkungen beim SWIFT-System" gehen sowie darum, "noch mehr Personen und Institutionen auf die Sanktionsliste zu setzen", erklärte der Minister. Die bisherigen Sanktionen bezeichnete Reinsalu zwar als wirksam, sagte aber, dass sie nicht ausreichten. Er fügte hinzu:

"Wir müssen noch vor dem Winter den Preis für Russland weiter hochtreiben, damit dieser Krieg früher endet."

Zudem rief der Diplomat dazu auf, die Waffenlieferungen der EU an die Ukraine hochzufahren. Er betonte:

"Estland leistet pro Kopf die größte Waffenhilfe für die Ukraine. Wir freuen uns natürlich, wenn andere Länder da nachziehen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/630c7344b480cc681272dfd3.jpg>

Estlands Außenminister Urmas Reinsalu bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem finnischen Amtskollegen in Helsinki, 17. August 2022

10:17 de.rt.com: **Kiew Luftwaffe hat keine Piloten mehr – USA bereiten Transfer afghanischer Piloten nebst Sondertruppen vor**

Die Flugbesatzungen der heute nunmehr lediglich "ehemaligen" ukrainischen Luftwaffe wurden durch die russische Luftwaffe und Luftabwehr praktisch vernichtet – zusammen mit dem Großteil ihrer Maschinen. Dies gab eine Quelle aus militärisch-diplomatischen Kreisen am Montag gegenüber der russischen Nachrichtenagentur TASS bekannt:

"Das gesamte qualifizierte Flugpersonal der ehemaligen ukrainischen Luftstreitkräfte für die Flugzeugtypen Mig-29, Su-27 und Su-25 wurde durch die wirksame Arbeit der russischen

Luftstreitkräfte und Luftabwehrmittel faktisch eliminiert."

Kiews bisherige Versuche, dieses Kaderloch zu stopfen, blieben laut der Quelle erfolglos: "Der Einsatz ehemaliger Kadetten des Charkower Militärinstituts der ukrainischen Luftwaffe in Kampfeinsätzen hat zu katastrophalen Verlusten bei den Überlebenden der ukrainischen Luftwaffe geführt."

Der Quelle zufolge werden die Versprechen des Westens, Kampfflugzeuge sowjetischer Bauart aus den Beständen ehemaliger Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes an Kiew zu liefern, wahrscheinlich nur Worte bleiben. Dafür scheinen sich bezüglich der Maschinen und der Piloten andere Perspektiven anzubahnen: Eine Quelle aus militärisch-diplomatischen Kreisen spricht davon, dass das Pentagon nun ehemalige afghanische Kampfpiloten rekrutiere, die nach Machtübernahme in Kabul durch die Taliban in die USA geflohen seien. Diese sollen nach einer Ausbildung in Kalifornien über Polen in die Ukraine verlegt werden.

11:19 (10:19) deu.belta.by: **Am Wochenende sind in Belarus 704 ukrainische Staatsangehörige eingetroffen**

Am Wochenende sind 704 ukrainische Staatsangehörige in Belarus eingetroffen, berichtet die BELTA unter Berufung auf das Staatliche Grenzschutzkomitee.

Nach Angaben des Grenzschutzkomitees kamen 704 ukrainische Staatsbürger zwischen 6 Uhr morgens am 26. August und 6 Uhr morgens am 29. August in Belarus an. 525 Personen kamen aus Polen in unser Land. Die weiteren 156 ukrainischen Staatsbürger kamen über Litauen und 23 über Lettland.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1661761286_61767_big.jpg

10:23 de.rt.com: **Bericht: USA weiten Waffenlieferungen an die Ukraine über den Seeweg aus**

In Washington sitzen die wichtigsten Unterstützer Kiews im Konflikt mit Russland und versorgen das Land mit Milliarden US-Dollar an Militärhilfe. Anfangs setzte das Pentagon bei Waffenlieferungen hauptsächlich auf Frachtflugzeuge, doch nun wird mehr auf Überseetransporte gesetzt.

Die USA haben ihre Waffenlieferungen an die Ukraine auf dem Seeweg inmitten des Konflikts mit Russland erheblich ausgeweitet, erklärte ein Pentagon-Beamter am Samstag gegenüber der US-Zeitung The Washington Post.

Zu Beginn der russischen Militäroperation im Nachbarland habe das US-Verteidigungsministerium hauptsächlich auf Frachtflugzeuge gesetzt, um der ukrainischen Regierung "tödliche Hilfe" zukommen zu lassen. Einige Wochen nach dem Ausbruch der Kämpfe Ende Februar habe das Pentagon begonnen, die Seewege für einen Teil der Güter zu nutzen. Die US-amerikanische maritime Operation sei jedoch wenig später im Frühjahr

"erheblich ausgeweitet" worden, so die Zeitung weiter, als Washington begonnen hatte, Haubitzen und andere schwere Waffen, die viel großkalibrige Munition benötigen, nach Kiew zu schicken. Oberst Steven Putthoff, der stellvertretende Leiter des US-Transportkommandos, sagte gegenüber The Washington Post:

"Als wir anfangen, Haubitzen zu liefern, wussten wir, dass wir mehr Munition brauchen würden."

Putthoff fügte hinzu: "Wir konnten deshalb etwas besser vorausplanen und dann mehr Seetransporte einsetzen, um diese Unterstützung zu leisten und sie dorthin zu bringen, manchmal sogar vor der eigentlichen Anfrage."

Flugzeuge könnten die Waffen viel schneller von den USA nach Europa bringen, aber Schiffe könnten viel mehr Fracht transportieren, so die Zeitung. Die Umstellung der Liefermethoden des Pentagons signalisiert die neue Phase des Konflikts, da "die Ukraine und ihre Partner sich auf einen zermürbenden Krieg einstellen, der noch Monate und möglicherweise Jahre andauern könnte", heißt es weiter im Bericht der Washington Post.

Vertreter des US-Verteidigungsministeriums lehnten es laut der Zeitung ab, die spezifischen Routen zu nennen, die das Pentagon für die Lieferung von Waffen an die Ukraine nutzt.

Washington ist der wichtigste Unterstützer Kiews im Konflikt mit Russland und versorgt das Land mit Milliarden von Dollar an Militär- und Finanzhilfe sowie mit Geheimdienstinformationen.

Die US-Lieferungen an das ukrainische Militär umfassten bereits Tausende von Stinger-Flugabwehrraketen und Javelin-Panzerabwehrraketen sowie hoch entwickelte Waffen wie HIMARS-Mehrfachraketenwerfer, M777-Haubitzen und Kampfdrohnen. Das jüngste Militärhilfepaket in Höhe von 2,98 Milliarden US-Dollar – das bisher größte – wurde Mitte der vergangenen Woche vom US-Präsidenten Joe Biden angekündigt.

Russland hat die Waffenlieferungen der USA und ihrer Verbündeten an Kiew kritisiert und argumentiert, dass sie den Konflikt nur verlängern und das Risiko einer direkten Konfrontation zwischen Moskau und der transatlantischen Militärallianz NATO erhöhen würden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630c585cb480cc636e1453f3.jpg>

Ukrainische Truppen feuern eine von den USA gelieferte Haubitze M777 ab

11:28 (10:28) novorosinform.org: **Die Behörden von Borispol wollen die Allee des Ruhmes der Helden der UdSSR abreißen**

Der Abriss des Denkmals ist im Rahmen des Projekts „Dekommunisierung“ und „Derussifizierung“ geplant.

Die Behörden des ukrainischen Borispio haben beschlossen, das Denkmal Allee der Helden der Sowjetunion zu demontieren, berichtet [RIA Novosti](https://ria.ru). Der Abriss ist im Rahmen des Lehrgangs „Entrussifizierung“ und „Entkommunisierung“ geplant.

Es wird davon ausgegangen, dass die Heldenbüsten nach der Demontage in den Knyschowskij-Gedenk- und Parkkomplex überführt werden.

Zuvor hatten die Behörden von Tschernowitz ein Denkmal für sowjetische Soldaten-Befreier abgerissen, das auf dem zentralen Platz der Stadt aufgestellt worden war. Die Abgeordneten versprachen, das demontierte Mahnmal in das "Museum für Totalitarismus und Nazismus" zu überführen.



https://www.novorosinform.org/content/images/18/67/51867_720x405.jpg

10:59 de.rt.com: **Kiews Taktik der verbrannten Erde im Donbass: Wichtigster Betrieb Gorlowkas wird dem Erdboden gleichgemacht**

Die Art des Artilleriebeschusses der Chemiefabrik Stinol in Gorlowka durch bewaffnete Formierungen der Ukraine deutet auf die Absicht Kiews hin, dieses stadtbildende Unternehmen, den wichtigsten Arbeitgeber der Stadt bei Donezk, zu zerstören. Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin gab diese Wertung am Montag live auf Sendung bei Rossija-24 ab:

"Der Gegner hat es sich dem entstehenden Eindruck nach zur Aufgabe gemacht, dieses Unternehmen – ein stadtbildendes Unternehmen – zu zerstören, und wir können dort die Flächenarbeit seiner Artillerie Quadrat um Quadrat sehen, womit die Infrastruktur der Fabrik gezielt zerstört wird."

Die Arbeit auf dem Stinol-Werk sei derzeit wegen des zunehmenden Beschusses durch die ukrainischen Streitkräfte unterbrochen.

Bereits am 27. August hatten ukrainische Streitkräfte zweimal die Chemiefabrik Stinol in Gorlowkas Stadtbezirk Kalininski beschossen. Infolgedessen brach auf dem Gelände des Werks ein Feuer aus. Wie der Bürgermeister der Stadt berichtete, standen dort zwei Fahrzeughallen in Flammen.

11:33 de.rt.com: **Saporoschje: Intensität des Beschusses des AKW in einer Woche um 70 Prozent gestiegen**

Die Intensität des Beschusses des Atomkraftwerks Saporoschje und der Stadt Energodar hat in der vergangenen Woche um 70 Prozent zugenommen. Dies sagte Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der neuen zivil-militärischen Verwaltung des Gebiets Saporoschje. Auf seinem [Telegram-Kanal](#) schrieb er:

"Die Intensität des Beschusses des AKW Saporoschje und von Energodar durch ukrainische Kämpfer hat sich um 70 Prozent erhöht."

So wurden nach Rogows Angaben zwischen dem 15. und 21. August 23 und zwischen dem 22. und 28. August 38 Beschießungen verzeichnet.

12:34 (11:34) [novorosinform.org](https://www.novorosinform.org): **Die russische Luftverteidigung hat drei Totschka-U-Raketen in der Nähe von Nowaja Kachowka abgefangen**

Ukrainische Truppen greifen weiterhin Infrastruktureinrichtungen an.

Im vergangenen Berichtszeitraum haben russische Truppen in der Region Cherson drei

Totschka-U-Raketen sowie 21 Geschosse von Olcha- und HIMARS-Mehrfachraketenwerfern abgefangen.

Dies wurde heute im Rahmen eines traditionellen Berichts des offiziellen Sprechers des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, bekannt gegeben.

"Drei ukrainische "Totschka-U" und 21 Granaten der MLRS "Olcha" und HIMARS wurden im Gebiet von Nowaja Kachowka, Region Cherson, abgefangen", heißt es in dem Bericht. Es sei darauf hingewiesen, dass die Streitkräfte der Ukraine weiterhin kritische Infrastruktureinrichtungen in dem von den russischen Truppen kontrollierten Gebiet angreifen, darunter das Wasserkraftwerk Kachovskaja und das Kernkraftwerk Saporoschje.



https://www.novorosinform.org/content/images/18/76/51876_720x405.jpg

12:40 (11:40) novorosinform.org: **Alliierte Truppen befreien das Dorf Kodema**

Die Streitkräfte der russischen Koalition haben nach Angaben des Stabs der Territorialverteidigung der DVR ukrainische Kämpfer aus dem Dorf Kodema in der Nähe von Artjomowsk vertrieben.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Streitkräfte der Ukraine von diesem Dorf aus regelmäßig Gorlowka und umliegende Dörfer beschossen hatten. Insgesamt wurden bis zum 29. August 271 Siedlungen auf dem Territorium der DVR befreit.

„Die Truppengruppierung der LDVR hat mit Feuerunterstützung der russischen Streitkräfte 271 Siedlungen befreit, darunter Kodema“, heißt es in der Mitteilung.

Es wird auch berichtet, dass die Streitkräfte der Ukraine im Laufe des Tages etwa 100 Personen in Kämpfen mit den Truppen der LDVR verloren haben. Nach Angaben der Volksmiliz der DVR wurden dabei mehr als 40 ukrainische Soldaten liquidiert. Gleichzeitig vernichteten die Einheiten von Lugansk bis zu 55 Kämpfer der Streitkräfte der Ukraine.



https://www.novorosinform.org/content/images/18/78/51878_720x405.jpg

11:40 de.rt.com: **Serbien: Sieben Länder widerrufen Unabhängigkeit des Kosovo**

Serbiens Präsident Vučić hat mitgeteilt, sieben Länder hätten schriftliche Eingaben gemacht, um die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo zu widerrufen. Diese werden veröffentlicht, wenn Pristina Anträge bei internationalen Organisationen stellt, erklärte Vučić. Vor dem Hintergrund des andauernden Streits um den Kosovo hat Serbiens Präsident Aleksandar Vučić erklärt, dass sieben Länder den Widerruf der Anerkennung der Unabhängigkeit der Republik Kosovo mitgeteilt haben.

In einer Fernsehansprache an die Nation sagte Vučić:

"Im Moment befinden sich in meinem Safe und im Safe des Außenministers sieben Dokumente zum Widerruf der Anerkennung. Wir haben daran gearbeitet und waren erfolgreich: Die Anzahl solcher Dokumente stieg von vier auf sieben."

Serbiens Staatschef fügte hinzu, dass diese Dokumente veröffentlicht werden, wenn der Kosovo neue Anträge auf Mitgliedschaft in verschiedenen internationalen Organisationen einreicht.

Vučić wies darauf hin, dass Pristina sich um die Anerkennung durch Vietnam und Kenia bemühe, dass Belgrad aber auch mit diesen Ländern zusammengearbeitet habe. Es bleibt jedoch unklar, ob sich die Positionen dieser beiden Länder zum Kosovo in irgendeiner Weise geändert haben. Stattdessen sagte Vučić, dass die Diplomaten seines Landes angesichts der "ständigen" Versuche des Kosovo, die internationale Gemeinschaft für sich zu gewinnen, nicht untätig geblieben" seien.

Am 12. Mai hatte der Kosovo eine Mitgliedschaft im Europarat beantragt. Im selben Monat erklärte Serbiens Außenminister Nikola Selaković, dass es seiner Regierung gelungen sei, mit vier Ländern einen Widerruf der Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo auszuhandeln. Weniger als die Hälfte der UN-Mitgliedstaaten erkannte das Kosovo an, seit die Region im Jahr 2008 einseitig ihre Unabhängigkeit von Belgrad erklärt hatte. Nicht alle EU-Mitglieder akzeptieren die Unabhängigkeit des Kosovo. Griechenland, Rumänien, die Slowakei und Spanien lehnen eine Anerkennung bisher ab.

Von den G20-Staaten erkennen elf Mitglieder den Kosovo an, acht Mitglieder lehnen eine Anerkennung ab. Zu jenen Ländern, welche eine Unabhängigkeit der Region nicht befürworten, gehören Russland, China, Indien, Brasilien, Südafrika, Argentinien, Indonesien und Mexiko.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630c7c03b480cc697b4f5cb5.jpg>

Aleksandar Vučić beim EU-Westbalkan-Gipfel in Brüssel am 23. Juni

12:45 (11:45) [novorosinform.org](https://www.novorosinform.org/): **Scholz kündigte die Lieferung neuester Waffen nach Kiew an**

Deutschland hat lange darauf verzichtet, Waffen an das ukrainische Regime zu liefern. Bundeskanzler Olaf Scholz erklärte nun, Berlin werde bald die neuesten Waffen an die

Ukraine liefern, berichtet RIA Novosti.

„Scholz versprach der Ukraine in den kommenden Wochen neue moderne Waffen“, heißt es in der Meldung.

Es sei darauf hingewiesen, dass das offizielle Kiew die BRD in letzter Zeit häufig hinsichtlich der Waffenlieferungen kritisiert hat. Die letzten größeren Lieferungen fanden Ende Mai statt.



https://www.novorosinform.org/content/images/18/79/51879_720x405.jpg

12:48 (11:48) novorosinform.org: **Litauen baute einen Zaun an der Grenze zu Weißrussland**

Der Bau der Barriere an der litauisch-belarussischen Grenze wurde abgeschlossen. Der Zaun ist 502 Kilometer lang und 4 Meter hoch. Die Gesamtkosten der Arbeiten beliefen sich auf 152 Millionen Euro. Dies wurde von der Firma Epso-G angegeben, die der Auftragnehmer für das Projekt ist, berichtet TASS.

„Ende letzter Woche wurden die letzten Segmente der sogenannten physischen Barriere an der Grenze installiert“, heißt es in der Erklärung.

Epso-G-Sprecher Antanas Bubnelis gab bekannt, dass die Hauptarbeiten bereits abgeschlossen seien, aber die Mitarbeiter des Unternehmens die technische Überwachung sowie die Wiederherstellung der Straßen an der Grenze fortsetzen.



https://www.novorosinform.org/content/images/18/81/51881_720x405.jpg

nachmittags:

12:04 de.rt.com: **7.000 Lehrbücher zu Schulbeginn – Gebiet Krasnodar kündigt Humanitärhilfe für Schulen im Gebiet Charkow an**

Das Gebiet Krasnodar wird 7.000 Schulbücher zu den wichtigsten allgemeinbildenden Fächern an Schulen des Gebiets Charkow übergeben. Die Bücher sollen bis zum 1. September in die befreiten Gebiete geliefert werden, kündigt die Gebietsverwaltung Krasnodar unter

Berufung auf ihren Gouverneur Weniamin Kondratjew an:

"Das Gebiet Krasnodar wird 7.000 Schulbücher an Schulen in der Region Charkow übergeben. Es handelt sich um Bücher zu den wichtigsten allgemeinbildenden Fächern, darunter auch Geschichtslehrbücher. Es ist wichtig, dass die Kinder gleich ab der Schulbank die Traditionen und die Kultur ihrer Vorfahren kennenlernen und die wahre Geschichte erfahren."

Die neuen Schulbücher sollen am 29. August abgeschickt werden, damit die Schüler bereits am 1. September mit ihnen lernen können.

Neben Geschichtsbüchern werden dies außerdem Lehrbücher für Mathematik, Informatik, Biologie, Physik, Astronomie, Chemie, Grundlagen der Lebenssicherheit, Geographie, bildende Kunst, Musik, Recht und Technik sein.

Etwa 20 Prozent des Gebiets Charkow mit Bezirksverwaltungen in Woltschansk, Isjum, Kupjansk und dem Dorf Kasatschja Lopan wurde durch russische Truppen und verbündete Milizen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk befreit und einer militärisch-zivilen Verwaltung aus Kaderbeständen Russlands und der Volksrepublik Lugansk unterstellt. Das russische Gebiet Krasnodar übernahm die Schirmherrschaft über die befreiten Territorien des ukrainischen Gebiets Charkow.

12:39 de.rt.com: **Medienberichte: Britische Luftwaffe angesichts der angespannten Beziehungen zu Russland auf zivile Flughäfen verlegt**

Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg werden Kampfflugzeuge der britischen Luftwaffe wegen der Spannungen mit Russland auf zivile Flughäfen verlegt. Dies berichtete die Zeitung Daily Express am 28. August. Die Publikation beruft sich dabei auf Quellen:

"Das Konzept mit dem Namen Agile Combat Employment (ACE) befindet sich seit mehr als einem Jahr in der Entwicklung und war in erster Linie für den Einsatz in potenziellen Krisenherden auf der ganzen Welt gedacht. Zum Beispiel im indopazifischen Raum, im Nahen Osten oder auch an der Ostflanke der NATO in Europa."

Der Publikation zufolge waren die Ängste Londons vor einer Eskalation des Dialogs zwischen Russland und der NATO ein Faktor für die Verbreitung von ACE in Großbritannien. Der Eurofighter Typhoon, der auf der RAF-Basis Lossiemouth in Moray stationiert ist, verteidigt den nördlichen Teil des Vereinigten Königreichs, während die RAF-Basis Coningsby in Lincolnshire den südlichen Teil abdeckt, so die Zeitung. Es sollen weitere Kampfflugzeuge und größere Flugzeuge verlagert werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630c7e9d48fbef5fc80c9a61.jpg>

13:02 de.rt.com: **Schweden kündigt Finanzhilfe in Millionenhöhe für die Ukraine an**

Schweden hat Kiew mit einem umfassenden Hilfspaket Unterstützung im Ukraine-Krieg zugesichert. Die Hälfte des insgesamt eine Milliarde Kronen (knapp 95 Millionen Euro) schweren Beitrags soll militärische Hilfe umfassen, sagte Ministerpräsidentin Magdalena Andersson bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem ukrainischen Außenminister

Dmitri Kuleba am Montag in Stockholm. Sie erklärte:

"Schweden wird weiterhin ein enger Freund und Unterstützer der Ukraine bleiben. Es wird ein neues Unterstützungspaket im Wert von einer Milliarde Kronen auf den Weg gebracht. 500 Millionen Kronen werden für die militärische Unterstützung bereitgestellt. Eine offizielle Entscheidung wird in Kürze getroffen werden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/630c80efb480cc64a43ebb4b.jpg>

Die schwedische Premierministerin Magdalena Andersson posiert zusammen mit dem ukrainischen Außenminister Dmitri Kuleba und der schwedischen Außenministerin Ann Linde vor ihrem gemeinsamen Treffen in Stockholm für ein Foto, 29. August 2022

13:33 de.rt.com: **Ukrainische Drohne nahe dem Kernbrennstofflager des AKW Saporoschje abgeschossen**

Die ukrainischen Streitkräfte haben versucht, das Kernkraftwerk Saporoschje mit einer Drohne anzugreifen, diese wurde jedoch in der Nähe des Kernbrennstoff- und Atommülllagers des AKW abgeschossen. Dies sagte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, bei einem Briefing am Montag.

Nach Angaben von Konaschenkow stürzte die von russischen Soldaten abgeschossene Drohne auf das Dach des Lagers, ohne schwere Schäden zu verursachen. Verletzt sei bei dem Vorfall niemand worden. Das technische Personal des Kernkraftwerks überwache weiterhin den technischen Zustand und ununterbrochenen Betrieb der Anlage, die Strahlungssituation sei normal, hieß es.

14:01 de.rt.com: **Mehr als 10.000 Zivilisten kehren nach Lissitschansk zurück**

Die Bewohner der Stadt Lissitschansk in der Volksrepublik Lugansk, die nach dem Ausbruch der Kampfhandlungen aus ihrer Heimat vertrieben wurden, kehren allmählich in ihre Häuser zurück. Dies erklärte der Berater des Innenministers der LVR, Witali Kisseljow, in einer Sendung des russischen Perwy Kanal. Er sagte:

"In letzter Zeit, in den letzten ein bis zwei Monaten sind mehr als 10.000 Zivilisten in die Stadt Lissitschansk zurückgekehrt. Denken Sie nur an diese Zahl. Es sind nicht nur 1.000 oder 1.500. Es sind mehr als 10.000. Und immer mehr Menschen kehren in solche Siedlungen zurück."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/630c9807b480cc53ae12fceb.jpg>

Ein von Geschossen getroffenes Wohnhaus in Lissitschansk

14:29 de.rt.com: **Zwei ukrainische Su-25-Angriffsflugzeuge in Saporoschje und der DVR abgeschossen**

Die russischen Luft- und Raumfahrtkräfte haben innerhalb von 24 Stunden zwei Su-25-Flugzeuge der ukrainischen Luftstreitkräfte im Gebiet Saporoschje und in der Volksrepublik Donezk abgeschossen. Dies teilte das russische Verteidigungsministerium in einer Zusammenfassung der militärischen Sonderoperation auf ukrainischem Gebiet mit. In dem Bericht heißt es:

"Die russische Luftwaffe hat an einem Tag zwei Su-25-Flugzeuge der ukrainischen Luftwaffe in den Gebieten Tscherywonj Jar im Gebiet Saporoschje und Kurdjumowka in der Donezker Volksrepublik abgeschossen."

Am 25. August meldete das russische Verteidigungsministerium, dass die russische Luftwaffe fünf Kampfflugzeuge der ukrainischen Streitkräfte in Mirgorod zerstört habe. Zuvor hatte das russische Verteidigungsministerium mitgeteilt, dass russische Kampfflugzeuge bei Luftkämpfen über dem Gebiet Nikolajew drei ukrainische Flugzeuge abgeschossen hätten.

14:34 de.rt.com: **Medwedew nennt vier Gründe für Russlands Einsatz von Atomwaffen**

Der stellvertretende Leiter des Sicherheitsrates der Russischen Föderation hat die Umstände skizziert, in denen Russland nukleare Waffen einsetzen wird. Ein solches Szenario wird demnach nur dann eintreten, wenn Russlands Existenz auf dem Spiel steht.

Moskau werde nur im Falle von vier Szenarien auf seine Atomwaffen zurückgreifen und alle vier Szenarien würden eine existenzielle Bedrohung für den russischen Staat voraussetzen, sagte der frühere russische Präsident Dmitri Medwedew am vergangenen Freitag französischen Medien.

Im Gespräch mit dem Fernsehsender LCI wurde Medwedew gefragt, ob Russlands Militärdoktrin den Einsatz taktischer Atomwaffen erlaube. Er antwortete, dass Moskaus Haltung dazu öffentlich und nichts daran geheim sei. Medwedew erklärte:

"Es gibt vier Gründe, die uns zum Einsatz von Atomwaffen zwingen würden. Aus eigenem Interesse und für die französische Öffentlichkeit will ich diese nennen:

Erstens das Abfeuern von Atomraketen, die auf unser Land gerichtet sind; zweitens den Einsatz von Atomwaffen generell; drittens Angriffe auf kritische Infrastruktur, mit denen unsere Atomwaffen kontrolliert werden oder viertens Handlungen, durch die die Existenz des russischen Staates bedroht werden."

Der Politiker fügte hinzu, dass bisher keiner dieser Fälle eingetreten sei.

In Bezug auf einen möglichen Einsatz taktischer Atomwaffen oder Waffen, die abgereichertes

Uran enthalten, bemerkte Medwedew, dass Russland solche im Gegensatz zu einigen westlichen Ländern nie eingesetzt habe.

"In den vergangenen 30 Jahren haben Staaten der NATO solche Waffen sowohl in Jugoslawien als auch im Irak ziemlich intensiv eingesetzt. Es gibt einige Unklarheiten rund um dieses Thema, aber dennoch sehr tragische Folgen. In diesem Sinne müssen wir also zuerst betrachten, was westliche Länder in bestimmten Situationen getan haben", sagte Medwedew.

Er betonte auch, dass jede Reaktion Russlands "der Größe einer Bedrohung entsprechen wird, dem unser Land ausgesetzt wird" und dass Moskaus Militäroffensive in der Ukraine, die Ende Februar begann, eine defensive Maßnahme sei. Laut Medwedew war einer der Gründe für den Einmarsch eine Erklärung des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, in der er nach seiner Rückkehr von der Münchner Sicherheitskonferenz gegenüber der Presse sagte, dass Kiew eine Wiederherstellung seines nuklearen Potenzials nicht ausschließe.

"Wahrscheinlich wollte er uns damit Angst einflößen, aber am Ende hat er damit nur eine weitaus ernstere Situation heraufbeschworen, worauf sich die Russische Föderation letztendlich gezwungen sah, eine Militäroperation in Gang zu setzen", erklärte Medwedew. Vergangene Woche erklärte Ivan Netschaew, der stellvertretende Pressesprecher des russischen Außenministeriums, dass Moskau keine Notwendigkeit sehe, eine nukleare Option in der Ukraine einzusetzen und dass Russland eine verantwortungsbewusste Atommacht sei, die ihr Atomarsenal nur nutzen werde, wenn dies existenziell notwendig werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630cab7948fbef50161d130c.jpg>

15:01 de.rt.com: **Medienberichte: IAEA-Mission in Saporoschje findet vom 31. August bis 3. September statt**

Die IAEA-Inspektion im Atomkraftwerk Saporoschje wird am 31. August beginnen und bis zum 3. September dauern. Darüber hat die Zeitung The Wall Street Journal unter Berufung auf ein Dokument geschrieben. Die Zeitung beruft sich dabei auf ein internes Dokument der ukrainischen Regierung:

"Die Inspektion wird am Mittwoch beginnen und bis Samstag dauern."

15:26 de.rt.de: **AKW Saporoschje: Dach des Brennstofflagers beschädigt**

Die ukrainischen Streitkräfte sollen das Atomkraftwerk Saporoschje angegriffen haben, wodurch das Dach des Spezialgebäudes Nr. 1 beschädigt worden sein soll. Dies berichtete Wladimir Rogow, ein Mitglied des Hauptrates der Militär- und Zivilverwaltung des Gebiets Saporoschje, auf [Telegramm](#). Weiter hieß es:

"In diesem Gebäude wird frischer Brennstoff für die Reaktoren des AKW Saporoschje gelagert."

Rogow untermauerte die Information mit einem einschlägigen Bild.

Der Strahlungshintergrund im Gebiet Saporoschje nach dem Beschuss des Atomkraftwerks

durch das ukrainische Militär bleibe innerhalb normaler Grenzen, so die russische Nachrichtenagentur TASS mit Hinweis auf die lokale Militär- und Zivilverwaltung: "Der Strahlungshintergrund ist normal."

Am Vortag, dem 28. August, hatte der Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Gebiets Jewgeni Balizki erklärt, die Behörden hätten einen Evakuierungsplan für den Fall eines Unfalls im Atomkraftwerk Saporoschje ausgearbeitet. Balizki zufolge arbeite die Anlage routinemäßig.

Wiederum teilte das russische Verteidigungsministerium am 28. August mit, dass die ukrainischen Streitkräfte in den letzten 24 Stunden zweimal das Atomkraftwerk Saporoschje beschossen hätten. Nach Angaben des Ressorts seien drei Geschosse in der Nähe des Sondergebäudes Nr. 2 eingeschlagen, in dem neue Kernbrennstoffe und feste radioaktive Abfälle gelagert werden.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/D_cwtJHm3oIfZaXcwr04Mh0SdpmHmjRAGLRk65tNy4E2dmAZ_7l9GNPRjn2TYh5c_0nXeVyyv9taAIlCbX4P0VmHwzL6P0EBrFRx4wwrTWpK7cg6_SSyUQue94YJCFzYZPs5fY1aqEdSgkMcFGlSVTt5RT4kxaeKaoE2KQueB7i-uMUEnXPHOAakZHMsiwznREA8MJIGFlaxZT5xh06ixiYqi_8UROtWgpy-bmzDdYZ8CQ9q3238x91CG5p3RyoRuroDBIipWPMYmM0G-H4uyon3plvV0bhGV0hc6bxZtuXynV6t0b4OYvYBh40VmYeVoCHLTZZCp1N4gp2qeKNzXmg.jpg

15:33 de.rt.com: **Scholz will ein neues Luftverteidigungssystem für Europa**

Bundeskanzler Olaf Scholz will gemeinsam mit europäischen Nachbarn ein neues Luftverteidigungssystem aufbauen. Ein solches System "wäre ein Sicherheitsgewinn für ganz Europa", sagte der SPD-Politiker am Montag in einer Rede an der Karls-Universität in Prag. Zudem wäre es kostengünstiger und leistungsfähiger, als wenn jeder seine eigene, teure und hochkomplexe Luftverteidigung aufbaue. Details nannte er zunächst nicht. Das Vorhaben gilt

als Antwort auf die russische Sonderoperation in der Ukraine, der inzwischen mehr als ein halbes Jahr dauert.

Deutschland werde in den kommenden Jahren erheblich in die Luftverteidigung investieren, kündigte Scholz an. Dies solle von Beginn an so gestaltet werden, dass sich europäische Nachbarn beteiligen könnten. Konkret nannte er die Niederlande, Polen, die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, Tschechien, die Slowakei sowie die Partner in Skandinavien.

In Europa habe man bei der Verteidigung gegen Bedrohungen aus der Luft und aus dem Weltraum "erheblichen Nachholbedarf", sagte Scholz. Alle neuen Fähigkeiten sollten auch im NATO-Rahmen einsetzbar sein. Das Geld für die Investitionen könnte aus dem bereits angekündigten 100-Milliarden-Euro Topf kommen, mit dem Scholz in den kommenden Jahren die Bundeswehr modernisieren und stärken will.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630ca361b480cc53ae12fd05.jpg>

16:01 de.rt.com: **Peskow: Es gibt keine Gespräche über Einrichtung einer entmilitarisierten Zone um das AKW Saporoschje**

Es ist nicht die Rede davon, eine entmilitarisierte Zone um das Atomkraftwerk Saporoschje einzurichten, so der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow. Auf eine entsprechende Frage von Journalisten antwortete er:

"Nein, das kommt nicht infrage."

Zuvor hatte UN-Generalsekretär António Guterres die Ansicht geäußert, dass das Problem gelöst werde, wenn das AKW Saporoschje entmilitarisiert werde.

Peskow fügte hinzu, dass der Zugang der IAEA-Delegation zum Atomkraftwerk Saporoschje über das von den ukrainischen Streitkräften kontrollierte Gebiet erfolgen werde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630cb82048fbef4d727747b2.jpg>

16:40 de.rt.com: **Amnesty International warnt vor Kriegsverbrechertribunal in den**

befreiten Gebieten des Donbass

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International brandmarkte im Donbass geplante Kriegsverbrechertribunale vorab als "illegal und missbräuchlich". Damit zeigt sich erneut, dass im Westen die Nervosität über die bevorstehenden öffentlichen Gerichtsverhandlungen wächst.

Amnesty International hat sich entschieden dagegen ausgesprochen, dass ukrainische Kriegsgefangene wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen vor ein Gericht gestellt werden. Vielmehr wird von der Organisation behauptet, dass Russland und die Behörden der Donbass-Republiken nicht in der Lage seien, solche Prozesse auf faire Weise durchzuführen.

Die Organisation bezeichnete in ihrer Erklärung die Strukturen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk als "von Russland unterstützte bewaffnete Gruppen" und nannte die bevorstehenden Tribunale "illegal und missbräuchlich". Sie kritisierte zudem auch die Entscheidung, Gerichtsverhandlungen in der Stadt Mariupol abzuhalten, die während des Vormarsches von der russischen Armee und von den Streitkräften der Donbass-Republiken befreit wurde, und beklagte, dies sei "ein weiterer Akt der Grausamkeit gegenüber dieser Stadt".

"Jegliche Versuche russischer Behörden, ukrainische Kriegsgefangene vor sogenannte internationale Tribunale zu stellen, die von bewaffneten Gruppen unter der tatsächlichen Kontrolle Russlands in Mariupol eingerichtet werden, sind illegal und inakzeptabel", sagte Marie Struthers, Direktorin von Amnesty International für Osteuropa und Zentralasien in der Erklärung vom vergangenen Freitag.

Ihre Äußerungen spiegelten somit jene Auffassungen wider, die unlängst von ukrainischen Spitzenbeamten verkündet wurden, darunter auch jene des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, der damit drohte, alle möglichen Verhandlungen mit Russland abubrechen, sollten ukrainische Kriegsgefangene [hauptsächlich Kämpfer des berüchtigten Neonazi-Regiments "Asow"] einem "Schauprozess" unterzogen werden.

"Sollte dieser verabscheuungswürdige Schauprozess stattfinden, dann wird dies die rote Linie sein, über die hinaus Verhandlungen nicht mehr möglich sind. Russland wird sich somit von jeglichen Verhandlungen selbst abkoppeln", sagte Selenskij vergangene Woche während einer seiner Videoansprachen.

Die Ankündigung von Selenskij wurde jedoch umgehend von hochrangigen Spitzenbeamten aus Russland und den Donbass-Republiken verurteilt, wobei der Leiter der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin erklärte, dass die Drohung von Selenskij keine Auswirkung auf die Vorbereitungen bezüglich des Tribunals haben werde. "Es wurden bisher Beweise zu über achtzig von Asow begangene Verbrechen gesammelt, 23 Personen wurden festgenommen und befinden sich in Untersuchungshaft", erklärte Puschilin.

Der Sprecher der russischen Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin richtete als Reaktion auf die Androhung durch Selenskij seinerseits eine düsterere Warnung an Kiew und deutete dabei an, dass bei den öffentlichen Anhörungen jene Verbrechen aufgedeckt werden, die auf Befehl aus Kiew begangen wurden, weshalb der ukrainische Präsident diese zu Recht fürchtet. "Er und das Kiewer Regime haben jeden Grund zur Angst", sagte Wolodin. "Er und sein innerer Kreis gaben die Befehle, friedliche Bürger zu bombardieren, zu erschießen und zu töten. Ältere Menschen, Frauen, Kinder. Deshalb versucht Selenskij alles, um dieses Tribunal zu verhindern."

Die Ukraine ihrerseits fordert ein Tribunal, bei dem laut dem stellvertretenden Leiter des ukrainischen Präsidialamtes, Andrei Smirnow, Russlands "Verbrechen der Aggression" untersucht werden soll. Ein entsprechendes Tribunal sei "der einzige Weg, um sicher zu gehen, dass die Kriminellen, die den Ukraine-Krieg begonnen haben, schnell zur Rechenschaft gezogen werden", sagte er gegenüber der Nachrichtenagentur AFP.

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) ermittelt bereits wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord in der Ukraine. Doch der IStGH kann

nicht von sich aus die Vorwürfe der Aggression untersuchen, weil weder Russland noch die Ukraine das [Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs](#) ratifiziert haben [wie auch ebenso nicht die USA]. Während es aus Polen und den baltischen Staaten große Unterstützung für die ukrainische Forderung gibt, blieben dazu die Reaktionen aus Frankreich und Deutschland eher verhalten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630cbe6d48fbef50161d132f.jpg>
Zeichen der Menschenrechtsorganisation "Amnesty International"

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 29. August 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In Mariupol, Wolodarskoje und Wolnowacha wurden Arbeiten zum Anschluss von Verbrauchern an das Telekommunikationsnetz durchgeführt.

An der Autostraße Bojewoje – Kamyschewatoje wurden Arbeiten zur Reparatur des Straßenbelags vorgenommen.

An den Eisenbahnstationen „Mariupol“, „Satschatjewskaja“ und „Chlebodarowka“ wurden Arbeiten zum Wiederaufbau von Eisenbahngleisen durchgeführt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 15 Hektar Territorium untersucht und 215 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Donezk, Luganskoje, Makejewka, Pantelejmonowka, im Wolnowacha- und im Jassinowataja-Bezirk abgeworfen. Zurzeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:14 de.rt.com: **Behörden von Nowaja Kachowka ordnen Evakuierung von Einwohnern in Schutzbunker an**

Wegen des ununterbrochenen Beschusses von Nowaja Kachowka durch das ukrainische Militär haben die Behörden der Stadt eine Massenevakuierung von Bewohnern angeordnet. Diese begeben sich zurzeit von ihren Arbeitsplätzen in Luftschutzbunker. Dies teilte der Leiter der neuen militärisch-zivilen Verwaltung des Kachowski-Bezirks im Gebiet Cherson,

Wladimir Leontjew, gegenüber der Nachrichtenagentur TASS mit.

Der Bezirkschef führte aus, dass die ukrainischen Streitkräfte die Stadt mit HIMARS-Mehrfachraketenwerfern aus US-amerikanischer Produktion beschießen. Ihm zufolge richteten sich die Angriffe gegen die zivile Infrastruktur. Der Luftschutzalarm werde immer wieder ausgelöst. Leontjew präzisierte:

"Das Gebiet des Wasserkraftwerks und die umliegenden Gebiete stehen unter ständigem Beschuss. Der Schleusenkanal, die Straßen und die Gebäude, die sich auf dem Gelände des Wasserkraftwerks befinden, kommen zu Schaden. Der Markt ist sehr stark betroffen, wo es nie zuvor Militärs gab. Eine der Raketen ist nicht explodiert. Sie schlug im Hof eines Wohnhauses ein, von einem HIMARS-Raketenwerfer abgefeuert, und wurde von Pionieren entschärft. Die Splitter einer weiteren Rakete fielen auf das Gelände einer Fahrschule."

Leontjew betonte ferner, dass eine Evakuierung der Einwohner aus der Stadt nicht geplant sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/630cb460b480cc567535058d.jpg>

Der Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung des Kachowski-Bezirks des Gebiets Cherson, Wladimir Leontjew

17:51 de.rt.com: **Dach des Brennstofflagers im AKW Saporoschje beschädigt – Strahlungshintergrund ist normal**

Die ukrainischen Streitkräfte sollen das Atomkraftwerk Saporoschje angegriffen haben, wodurch das Dach des Spezialgebäudes Nr. 1 beschädigt worden sei. Dies berichtete Wladimir Rogow, ein Mitglied des Hauptrates der Militär- und Zivilverwaltung des Gebiets Saporoschje, auf [Telegram](#). Weiter hieß es:

"In diesem Gebäude wird frischer Brennstoff für die Reaktoren des AKW Saporoschje gelagert."

Die gemessene Strahlung im Gebiet Saporoschje nach dem Beschuss des Atomkraftwerks durch das ukrainische Militär liege innerhalb normaler Grenzen, so die russische Nachrichtenagentur TASS mit Hinweis auf die lokale Militär- und Zivilverwaltung.

abends:

18:27 de.rt.com: **Fake: Behörden der Krim und des Gebiets Cherson dementieren Berichte über ukrainische Offensive auf Cherson**

Krim-Chef Sergei Aksjonow hat bestritten, dass die ukrainischen Streitkräfte eine Offensive in Richtung Süden gestartet haben. Dazu schrieb er auf seinem Telegram-Kanal:

"Dies ist derselbe Informationsmüll wie alle vorherigen, wie die virtuellen "Angriffe" auf die Krim-Brücke, die die Sofa-Truppen des Kiewer Regimes mehr als einmal durchgeführt haben. Die ukrainischen Verbände erleiden sowohl im Süden als auch in allen anderen Richtungen brutale Verluste."

Der stellvertretende Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Gebiets Cherson, Kirill Stremoussow, erklärte seinerseits, dass ukrainische Medienberichte über eine angebliche Offensive der ukrainischen Streitkräfte auf Cherson nicht zuträfen. Er betonte, dass die Stadt weiterhin ein friedliches Leben führe und sagte:

"Das ist eine Fälschung. Die ukrainische Offensive ist eine Art Illusion, ein Film. Niemand rückt irgendwo vor, niemand zieht sich zurück. Das ist alles nur ein Hirngespinnst. Wir leben friedlich, wir entwickeln uns."

Ihm zufolge verstärken die gefälschten Erklärungen Kiews über die ukrainische Offensive den Wunsch der Menschen, am Referendum teilzunehmen. Stremoussow sagte:

"Es gibt immer mehr Menschen, die bereit sind, das Referendum zu ergreifen. All diese Streiks auf der Antonowski-Brücke, in den Schulen – es gibt immer weniger Menschen, die nach diesen Streiks zu den Ukronazis zurückkehren wollen. Dementsprechend steigt die Zahl der Menschen, die an einem Referendum teilnehmen werden. Je mehr Land in Cherson beschossen wird, desto mehr Menschen lehnen es ab, das ist ein natürlicher Prozess. Im Gebiet Cherson gibt es immer mehr Befürworter eines Referendums, um der Russischen Föderation beizutreten und ein Subjekt der Russischen Föderation zu werden. Die gefälschten Erklärungen bestärken die Menschen in ihrem Wunsch, diesen Albtraum zu beenden und zum Referendum zu gehen."

Zuvor hatte Reuters die ukrainischen Streitkräfte mit der Aussage zitiert, Kiew habe eine Offensive an der Südfront gestartet. Die Behörde betonte:

"Heute haben wir Offensiven in verschiedenen Richtungen gestartet, unter anderem im Gebiet Cherson."

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 29.08.22

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des Vertreters der DVR im GZKK mehr als 200 Geschosse mit Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern abgefeuert. Auf Gorlowka wurden 3 Raketen mit Mehrfachraketenwerfern BM-27 „Uragan“, gefüllt mit Antipersonenminen PFM „Lepestok“, abgefeuert.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **4 Zivilisten verletzt**. 30 Gebäude und 6 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Zurzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **6 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 10 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:42 de.rt.com: **Kreml garantiert Sicherheit der IAEA-Experten im AKW Saporoschje**
Moskau wird die Sicherheit der IAEA-Delegation in dem vom russischen Militär kontrollierten Gebiet des AKW Saporoschje gewährleisten. Dies gab der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow bekannt und forderte die Länder auf, Druck auf die Ukraine auszuüben, damit sie den Beschuss der Anlage einstellt.

Die russische Seite garantiert die Sicherheit der IAEA-Delegation in der Nähe des Atomkraftwerks Saporoschje, sofern sich die Experten unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte durch das Gebiet bewegen. Dies verkündete der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow. Russland halte die Mission für notwendig. Wörtlich hieß es: "In dem Teil, der das Territorium unter russischer Kontrolle betrifft, wird natürlich die Sicherheit auf dem notwendigen Niveau gewährleistet, unter Berücksichtigung der Risiken, die dort ständig herrschen und die mit dem unaufhörlichen Beschuss durch die ukrainische Seite verbunden sind."

Peskow zufolge würden die IAEA-Experten über das ukrainisch kontrollierte Gebiet zum AKW gelangen, wo Kiew für die Sicherheit verantwortlich sein werde. Russland ist an der IAEA-Mission interessiert, so der Pressesprecher weiter.

Auf die Frage der Journalisten, wer an den Verhandlungen über die Zulassung der Fachleute der Organisation zum Atomkraftwerk beteiligt ist, antwortete der russische Präsidensprecher, dass es sich dabei unter anderem um Militärangehörige handele. Am Morgen des 29. August teilte der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation, Rafael Grossi, mit, dass sich eine IAEA-Mission auf den Weg zum Atomkraftwerk Saporoschje gemacht habe, die er leitet. Nach Angaben Grossis würden die Spezialisten "im Laufe dieser Woche" im Werk eintreffen.

Am selben Tag berichteten die Behörden des Gebiets Saporoschje, dass das AKW erneut beschossen worden sei. Durch den Beschuss sei ein Dach des Spezialgebäudes Nr. 1 beschädigt worden, wo Brennstoff für die Reaktoren gelagert wird. Nach Angaben der russischen Nachrichtenagentur TASS, die sich auf örtliche Behörden beruft, bleibe die Umgebungsstrahlung normal.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630cded548fbef52dd4f03ee.jpg>

Ein russischer Militärangehöriger im AKW Saporoschje

19:01 de.rt.com: **Russland hofft auf Objektivität der IAEA-Mission**

Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat die Abreise der IAEA-Mission zum Kernkraftwerk von Saporoschje aus Wien bestätigt. Die Ankunft der Mission werde in den kommenden Tagen erwartet. In einer Sendung des Fernsehkanals Rossija-24 sagte Sacharowa:

"Wir erwarten eine effektive und qualifizierte, professionelle Arbeit der Inspektion, die bereits aus Wien abgereist ist und erwartungsgemäß in den nächsten Tagen am Ziel eintreffen wird." Sacharowa betonte wiederholt Moskaus Bereitschaft, die Mission zu unterstützen und erklärte, dass die Untersuchung der Inspektion objektiv sein müsse und nicht politisch gefärbt sein dürfe:

"Unsere politische Position besteht darin, die Durchführung dieser Mission auf möglichst vielen Ebenen zu unterstützen, darunter politisch, durch diplomatische Arbeit, durch Arbeit auf internationalen Foren. Und die Untersuchungsergebnisse dieser Mission sollen von

niemandem vorgesagt werden, sie sollen keine politische Färbung haben, sie sollen objektiv sein."

19:39 de.rt.com: **Stellvertreter des Verwaltungsoberhauptes für Landwirtschaft im Gebiet Cherson getötet**

Alexei Kowalew, stellvertretender Leiter der Landwirtschaft der militärisch-zivilen Verwaltung des russisch kontrollierten Gebiets Cherson und ehemaliger Rada-Abgeordneter der ukrainischen Regierungspartei "Diener des Volkes", ist im eigenen Haus ermordet worden. Russlands Ermittlungskomitee teilte diesbezüglich auf seinem Telegramkanal mit:

"Der Angriff ereignete sich an Kowalews Wohnort am 28. August 2022. Opfer der Täter wurde auch eine junge Frau, die zusammen mit dem Verstorbenen wohnte."

Nach Angaben der Behörde starb der Beamte an Schusswunden. Das Ermittlungskomitee hat bereits Untersuchungen eingeleitet und eine Fahndung nach den Tätern begonnen, so die Meldung weiter.

Die Ukraine hatte zuvor am 3. Mai Kowalew aus seiner Parteifraktion ausgeschlossen. Im Juni warf ihm Kiew Staatsverrat vor und leitete ein Strafverfahren gegen ihn ein.

20:42 (19:42) **novorosinform.org: Die Streitkräfte der Ukraine scheiterten beim Angriffsversuch in den Gebieten Nikolajew und Cherson**

Das russische Verteidigungsministerium gab einen gescheiterten Offensivversuch in drei Richtungen bekannt.

Das russische Verteidigungsministerium berichtete, dass ukrainische Militärs in den Regionen Cherson und Nikolajew eine Offensive in drei Richtungen versucht haben. Die Offensive wurde erfolgreich abgewehrt, die ukrainische Truppen erlitten schwere Verluste.

Inoffizielle Quellen weisen auf die konkreten Verluste hin, die die Streitkräfte der Ukraine erlitten haben. Eine große Anzahl von Fahrzeugen sei in einer der Richtungen zerstört worden. Auch die Siedlung Kiseljowka wurde erfolgreich gehalten. Luftlande-Reserveeinheiten drängten die feindlichen Kräfte noch weiter zurück als vor der Offensive. Es wird auch berichtet, dass ukrainische Einheiten während der Kämpfe 560 Soldaten, 26 Panzer, 23 Infanterie-Kampffahrzeuge, 9 gepanzerte Fahrzeuge und zwei Su-25-Kampfflugzeuge verloren hätten.



https://novorosinform.org/content/images/19/37/51937_720x405.jpg